



Leistungsverzeichnis (Anlage 3)

Ausschreibung zur Lieferung von elektrischer Energie für die Landstromanlage am Hafenstandort Skandinavienkai

Das Leistungsverzeichnis besteht aus den Abschnitten,

- A) den Allgemeine Vorbemerkungen mit
- B) der Leistungsbeschreibung und
- C) den weiteren Rahmenbedingungen

A) Allgemeine Vorbemerkungen

1. Ausschreibungsunterlagen

- 1.1. Basis für die Angebotsabgabe ist in jedem Falle das Leistungsverzeichnis mit dessen Unterlagen. Änderungen der Ausschreibungsunterlagen sind nicht statthaft, Zusätze sind auf einem gesonderten Blatt vorzunehmen.
- 1.2. Die Vergabe wird als offenes Verfahren gem. § 15 Vergabeverordnung (VGV) durchgeführt.
- 1.3. Die Vergabe erfolgt als Gesamtauftrag.
- 1.4. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit ist das im Preisblatt aufgeführte Mengengerüst und die Leistungsbeschreibung in dieser Form dem Angebot in 1-facher Ausfertigung wieder vorzulegen.
- 1.5. Alternativ- bzw. Nebenangebote sind nicht zugelassen.
- 1.6. Dem Angebot sind folgende Unterlagen beizulegen:
 - a. Erklärungen zu diversen Themen gemäß Anlage 5 oder Eintragung in das amtliche Verzeichnis präqualifizierter Unternehmen (www.amtliches-verzeichnis.ihk.de)
 - b. Angaben zur Anforderung eines Wettbewerbsregistrauszuges (Anlage 6)
 - c. Bietererklärung (Anlage 4a)
 - d. Preisblatt (Anlage 4b)
 - e. Erklärung zu den Russland-Sanktionen (Anlage 4c)
 - f. Erklärung zur Betriebshaftpflichtversicherung (Anlage 7)

- g. Erklärung zur Leistungsfähigkeit (Anlage 8)
- h. Bietergemeinschaftserklärung (sofern maßgebend, Anlage 9)
- i. Nachunternehmerverzeichnis (sofern maßgebend, Anlage 10)
- j. Verpflichtungserklärung Nachunternehmer (sofern maßgebend, Anlage 11)

1.7. Folgende Anlagen dienen der Information für Bieter:innen

- k. Stromliefervertrag (Anlage 3a)
- l. Erläuterungen (Anlage 3b)
- m. Entnahmestellen (Anlage 3c)
- n. Vollmacht (Anlage 3d)

1.8. Die Angebote sind in deutscher Sprache abzufassen und ausschließlich auf dem beigefügten Preisblatt (Anl. 4b) abzugeben und müssen, soweit vorgegeben, mit einer Endsumme abschließen. Die Preise sind in Euro anzugeben. Die Mehrwertsteuer ist der Angebotssumme hinzuzurechnen.

2. Bietergemeinschaften

- 2.1. Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn die Mitglieder gesamtschuldnerisch für die Erfüllung der angebotenen Leistung haften (Arbeitsgemeinschaften in Form einer GbR, etc.). Im Wettbewerb stehende Mitglieder einer Bietergemeinschaft haben dessen kartellrechtliche Zulässigkeit eigenverantwortlich zu prüfen und der Auftraggeberin nachzuweisen (s.u. 9.1. – Wettbewerbsbeschränkende Absprachen). Bietergemeinschaften haben mit ihrem Angebot sämtliche Mitglieder der Bietergemeinschaft zu benennen sowie eines ihrer Mitglieder als bevollmächtigten Vertreter für das Vergabeverfahren, den Abschluss und die Durchführung des Vertrages zu bezeichnen. Die Erklärung zur Bietergemeinschaft ist vollständig unterzeichnet mit dem Angebot vorzulegen.

3. Unterauftragnehmer

- 3.1. Die Einschaltung von Unterauftragnehmern für einzelne Teilleistungen ist jeweils möglich.
- 3.2. Die Übertragung von Aufträgen an Dritte ist nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers zulässig.
- 3.3. Der Bieter hat die von ihm vorgesehenen Unterauftragnehmer sowie Art und Umfang der an sie zu vergebenden Leistungen im Angebot deutlich zu machen.

4. Nachweise zu Bietergemeinschaften und Unterauftragnehmer:innen

- 4.1. Bieter bzw. Mitglieder einer Bietergemeinschaft haben in dem Angebot durch Vorlage von Erklärungen der von ihnen benannten Unterauftragnehmer nachzuweisen, dass

sie tatsächlich über die Mittel und Kapazitäten dieser Unterauftragnehmer sowie die benannten Unterauftragnehmer über die erforderliche Eignung zur Ausführung der ihnen übertragenen Auftragsteile verfügen

5. Mindestqualität

- 5.1. Es dürfen nur Leistungen der ausgeschriebenen Qualität angeboten werden. Der Standard der in der Leistungsbeschreibung genannten Merkmale darf nicht unterschritten werden, Alternativangebote sind nicht zugelassen.

6. Strategische Mindestanforderungen

- 6.1. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, bei seinen Leistungen und auch der Zulieferung oder Nebenleistungen Dritter im Rahmen wirtschaftlicher Möglichkeiten umweltfreundliche Produkte und Verfahren bevorzugt einzusetzen. Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit werden von der Hansestadt Lübeck nicht abgenommen.
- 6.2. Die Hansestadt Lübeck verzichtet aufgrund eines Bürgerschaftsbeschlusses weitestgehend auf die Verwendung von PVC-haltigen Materialien. Leergut-Behältnisse, Umverpackungen usw. müssen vom Lieferanten zurückgenommen werden.

7. Bieterfragen

- 7.1. Die interessierten Unternehmen werden gebeten, die Vergabeunterlagen nach Erhalt unverzüglich auf Vollständigkeit und auf etwaige Unklarheiten zu prüfen. Enthalten die Unterlagen nach Auffassung eines Bieters unklare Regelungen, die die Erstellung des Angebots oder die Preisermittlung beeinflussen können, besteht die Möglichkeit Bieterfragen zu stellen.

8. Kostenersatz zur Angebotserstellung

- 8.1. Die Angebotserstellung hat kostenlos zu erfolgen. Eine Entschädigung ist nicht vorgesehen.

9. Wettbewerbsbeschränkende Absprachen

- 9.1. Wettbewerbsbeschränkende Absprachen (§ 1 GWB und Art. 81 EG-Vertrag) sind unzulässig und führen zum Angebotsausschluss. Wettbewerbsbeschränkende Absprachen sind insbesondere Verabredungen oder Empfehlungen über:
- Gewinnaufschläge,
 - Gewinnbeteiligungen,
 - die zu fordernden Preise,
 - Entrichtung von Ausfallentschädigung oder Abstandszahlungen, u. ä.,
 - Zahlungs-, Lieferungs- oder andere Vertragsbedingungen, soweit sie mittelbar den Preis beeinflussen; es sei denn, dass sie im Einzelfall ausnahmsweise zulässig sind.

B) Leistungsbeschreibung

10. Vertragsgrundlagen

- 10.1. Vertragliche Grundlage ist der Vertrag über die Lieferung und den Bezug von Strom, der den Vergabeunterlagen als Anlage 3a beigelegt ist.

In diesem sind geregelt;

- § 1 Vertragsgegenstand
- § 2 Durchführung der Lieferung
- § 3 Ermittlung des tatsächlichen Lieferumfangs
- § 4 Herkunft des Stroms / Nachweispflichten
- § 5 Preise, Lieferumfang, Abweichungen von der Prognose
- § 6 Informationsrechte- und Pflichten
- § 7 Laufzeit
- § 8 Kündigung aus wichtigem Grund (außerordentliche Kündigung)
- § 9 Rechtsnachfolge
- § 10 Abrechnung
- § 11 Schlussbestimmungen
- § 12 Allgemeine Bedingungen

11. Leistungs Eckdaten

- 11.1. Gegenstand der Ausschreibung ist die Lieferung von Strom für den Betrieb der Landstromanlage am Hafenstandort Skandinavienkai mit Lieferbeginn am 01.09.2026.
- 11.2. Der Vertrag besitzt eine Erstlaufzeit bis zum 31.12.2029. Es bestehen 2 Verlängerungsoptionen um jeweils ein Jahr. Die Vertragsverlängerung erfolgt in gegenseitigem Einvernehmen spätestens 6 Monate vor Vertragsende und erfordert eine schriftliche Bestätigung. Die Vertragslaufzeit endet spätestens am 31.12.2031.
- 11.3. Die Lieferung des Strombedarfs der Landstromanlagen erfolgt über ein Spotmarktmodell mit ergänzender Abrechnung von Ausgleichsenergiepreisen. LPA übermittelt dem Stromlieferanten für die einzelnen Liefermonate mit einer Vorlaufzeit von fünf Arbeitstagen eine Prognose zum viertelstündlichen Strombedarf der Landstromanlage. Änderungsmeldungen bei unplanbaren Verbrauchsänderungen

z. B. aufgrund von Schiffsausfällen teilt LPA dem Stromlieferanten bis spätestens 08:00 Uhr des Vortags der Lieferung mit.

Der Stromlieferant deckt den gemeldeten Strombedarf am EPEX Day-Ahead Spotmarkt ein. Differenzmengen zwischen dem tatsächlichen viertelstundengenauen Bezug und den final gemeldeten Prognosewerten werden über die maßgebenden Ausgleichsenergiepreise abgerechnet.

- 11.4. Der gelieferte Strom soll während des gesamten Lieferzeitraums nachweislich zu 100 % aus erneuerbaren Energien stammen. Die detaillierten Anforderungen an die Herkunft des Stroms sowie die Nachweispflichten sind im Stromliefervertrag geregelt.
- 11.5. Die Vergütung des Auftragnehmers besteht aus einem Dienstleistungsentgelt in ct/kWh, das für alle gelieferten Kilowattstunden in Ansatz gebracht wird und einem monatlichen Grundpreis. Dienstleistungsentgelt und Grundpreis umfassen sämtliche Kosten für die Abwicklung der Energiebeschaffung, die Bewirtschaftung des Vertrags sowie die Beschaffung und Entwertung von Herkunftsnachweisen. Die Preiskomponenten sind von den Bietern im Rahmen der Angebotsabgabe im Leistungsverzeichnis anzugeben.

C) weitere Rahmenbedingungen

12. Eignungskriterien

- 12.1. Zuverlässigkeit / Persönliche Lage des Auftragnehmers
- Erklärungen zu diversen Themen gemäß Anlage 5 oder Eintragung in das amtliche Verzeichnis präqualifizierter Unternehmen (www.amtliches-verzeichnis.ihk.de)
- 12.2. Finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit (Anl. 7)
- Eigenerklärung über eine bestehende Berufshaftpflicht-/Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von mindestens 1.000.000 € für Sach- und Vermögensschäden.
 - Vor der geplanten Zuschlagsentscheidung ist vom Unternehmen, welches den Zuschlag erhalten soll, innerhalb von 5 Tagen der Nachweis über den bestehenden Versicherungsschutz vorzulegen
- 12.3. Fachkunde, technische Leistungsfähigkeit (Anl. 8)
- Referenzliste von mind. 3 Unternehmen/ Kunden
- 12.4. Russland-Sanktionen (Anl. 4c)
- Eigenerklärung zur Verordnung (EU) 2022/576 – RUS-Sanktionen
- 12.5. Abfrage aus dem Wettbewerbsregister

- Nach § 6 Abs. 1 WRegG ist ein öffentlicher Auftraggeber nach § 99 GWB vor der Erteilung eines Zuschlags in einer eu-weiten Ausschreibung verpflichtet das Wettbewerbsregister zu demjenigen Bieterunternehmen abzufragen, das den Auftrag erhalten soll

13. Zuschlagskriterien

- 13.1. Der Zuschlag erfolgt auf das wirtschaftlichste Angebot. Zuschlagskriterium ist zu 100 % der angebotene Preis.
- 13.2. Bei Preisgleichheit wird eine Losentscheidung herbeigeführt.

14. Datenschutz

- 14.1. Die Bestimmung der Datenschutzgrundverordnung sind einzuhalten. Alle im Zusammenhang mit der Auftragserledigung bekanntwerdenden Daten sind gegen die Kenntnisnahme durch Dritte zu schützen.
- 14.2. Der/Die AN hat insbesondere zu gewährleisten, dass keine Unbefugten auf die erhobenen oder verarbeiteten Informationen zugreifen können. Bei Störungen und/oder Unregelmäßigkeiten, insbesondere bei einem Verdacht auf Verletzung des Datenschutzrechtes sind die/ der Datenschutzbeauftragte der Hansestadt Lübeck per Mail: Datenschutz@luebeck.de und der Bereich Gebäudemanagement telefonisch unter 0451 / 122-6953 oder per Mail (lpa@luebeck.de) unverzüglich zu informieren

15. Bedingungen:

- 15.1. Es gelten für die Ausschreibung und im Falle der Auftragserteilung - neben den übrigen genannten - die "Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B)" in der zurzeit gültigen Fassung. Lieferungs-, Zahlungs- und Geschäftsbedingungen des Bieters sind ausgeschlossen.

16. Gerichtsstand:

- 16.1. Gerichtsstand ist Lübeck.

17. Nachprüfverfahren:

- 17.1. Nachprüfstelle ist
die Vergabekammer Schleswig-Holstein
beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus,
Düsternbrooker Weg 94,
24105 Kiel.